

Wähler-Gemeinschaft Niedernhausen (WGN)

c/o Klaus Henry, Hügelstr. 17, 65527 Niedernhausen
Telefon/Fax: 06127 / 2944, E-Mail: klaus.henry@web.de
Internet: www.wgn-niedernhausen.de



Presse-Information

30.11.2009

WGN beantragt Prüfung „Verwaltungszentrum Idsteiner Land“

Kommunale Finanznöte erfordern zügiges Vorgehen

Zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung Niedernhausen am 16. Dezember 2009 beantragt die Wähler-Gemeinschaft Niedernhausen (WGN) die Beteiligung der Gemeinde Niedernhausen an der Prüfung zur Einrichtung eines gemeinsamen Verwaltungszentrums Idsteiner Land. Diese Prüfung solle zeitnah sowie ohne Verzögerung und vor allem **ergebnisoffen** erfolgen – so die WGN. Grundsatz bei einer eventuellen Einrichtung eines gemeinsamen Verwaltungszentrums Idsteiner Land sollte dabei sein, dass die Selbständigkeit der Gemeinde Niedernhausen erhalten bleibt.

„Da dieser Vorschlag eines gemeinsamen Verwaltungszentrums Idsteiner Land nun schon in die öffentliche Diskussion gegeben wurde, soll er auch ohne lange Verzögerungen baldmöglichst ernsthaft geprüft werden“, so der WGN-Fraktionsvorsitzende Dieter Greve. „Denn die prekäre finanzielle Situation der Kommunen – auch im Idsteiner Land – hat sich durch die gegenwärtige Finanzkrise drastisch verschlechtert. Hinzu kommt, dass das Land Hessen bereits angekündigt hat, den hessischen Kommunen ab 2010 über 400 Millionen Euro weniger zuzuweisen, als bisher. Die Zinsen auf die mit Darlehen finanzierten Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm müssen ebenfalls von den Kommunen geschultert werden.

Zusätzliche Belastungen entstehen zudem für die Kommunen dadurch, dass Bund und Land Hessen immer neue Beschlüsse fassen, die auch die Kommunen finanziell belasten (z.B. bei der Kinderbetreuung). Dies trotz des in der Hessischen Verfassung verankerten „Konnexitätsprinzips“, das festlegt, dass die politische Ebene, die kostenauslösende Beschlüsse fasst, auch die finanziellen Mittel dafür aufzubringen hat – und nicht zu Lasten Dritter (in diesem Fall der Kommunen) finanzieren darf. Gegen diese Verfassungsverstöße hat aber bisher noch niemand geklagt – weder einzelne Kommunen, noch deren Interessenverbände (Hessischer Städte- und Gemeindebund, Hessischer Städtetag) – so Greve weiter.

Vor diesem Hintergrund sei es geradezu fahrlässig, nur auf eine finanzielle Erholung durch eine wieder anspringende Konjunktur und Wachstum zu hoffen. Das werde keinesfalls ausreichen, um die hohen finanziellen Defizite der Kommunen tilgen zu können. Vielmehr müssten Ideen für Kosteneinsparungen konsequent geprüft werden, wie hier eine Zusammenlegung von Verwaltungsbereichen.

Das Land Hessen fordert und fördert eine verstärkte interkommunale Kooperation auf freiwilliger Basis, um keine Zwangsregelungen einführen zu müssen. Eine derart umfassende Kooperation hätte zudem den Charakter eines Pilotprojekts, das eine besondere Unterstützung und finanzielle Förderung durch das Land Hessen erfahren könnte.

Ein solcher Prüfungsvorgang und die Diskussion darüber in den beteiligten kommunalen Gremien sowie der Öffentlichkeit (Bürgerversammlungen) wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb ist ein schneller, zeitnaher Beginn erforderlich. Eine eventuelle Realisierung eines gemeinsamen Verwaltungszentrums Idsteiner Land nach Ende der ergebnisoffenen Prüfung ist somit eine mittel- bis langfristige Aufgabe in kleinen, aber kontinuierlichen Schritten.

Parallel zur Prüfung dieser Idee und der breiten öffentlichen Diskussion darüber sollten aber weiterhin einzelne Kooperationsmöglichkeiten vorangetrieben werden – so z.B. die Übernahme der Stromversorgung nach Auslaufen der derzeitigen Konzessionsverträge oder die Zusammenarbeit der kommunalen Bauhöfe, was nach einem positiven Ergebnis der ernsthaften und fundierten Prüfungen auch entschlossen und zügig realisiert werden sollte.

„Je mehr Einzelmaßnahmen der Kooperation nämlich vereinbart und erfolgreich praktiziert werden (wie z.B. schon das gemeinsame Standesamt oder die zentrale Einbürgerungsstelle für das Idsteiner Land), je schneller wird auch die Zustimmung zu einer umfassenderen Zusammenarbeit auf allen Ebenen erreichbar sein,“ so Dieter Greve abschließend.